

Satzung über die Benutzung und Gebührenerhebung für die Kindertagesstätten
in Trägerschaft der Gemeinde Adendorf

(Kindertagesstättensatzung Adendorf)

Aufgrund der §§ 10,11,13,58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) sowie der §§ 1,2 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG), sowie des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG), jeweils in der zurzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Gemeinde Adendorf in seiner Sitzung am 06.11.2025 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Aufgabe der Einrichtung

- (1) Die Gemeinde Adendorf (Träger) unterhält folgende Kindertagesstätten¹(Kitas) als öffentliche Einrichtungen:

- 1) Emmi-Senking-Kindergarten
- 2) Adolph-Holm-Kindergarten
- 3) Kinderkrippe Adendorf (Scharnebecker Weg)
- 4) Kita an der Feuerwehr (Kindergarten und Krippe)
- 5) Sportkita (Kindergarten und Krippe)

Alle fünf Einrichtungen dienen der Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern im Alter von 0 Jahren bis zum Eintritt in die Schule. Sie ergänzen und unterstützen die Erziehung und Förderung der Kinder in der Familie. Diese Aufgabe wird in den Einrichtungen nach den gesetzlichen Bestimmungen und in enger Zusammenarbeit mit den Eltern/Personensorgeberechtigten ausgeführt.

- (2) Die Kindertagesstätten dienen vorrangig der Betreuung von Kindern aus der Gemeinde Adendorf. Über Ausnahmen hiervon entscheidet die Kita-Leitung im Einvernehmen mit dem Träger.

§ 2

Anmeldung und Aufnahmeverfahren

- (1) Kinder sind möglichst ab Geburt oder sofort nach dem Zuzug in die Gemeinde in einer der Krippen und einem der Kindergärten anzumelden. Hierfür halten die Kitas, als auch die Gemeindeverwaltung einen Anmeldevordruck zur Verfügung. Dieser ist von den Eltern/Personensorgeberechtigten ausgefüllt und unterschrieben in der jeweiligen Kita, bei der Kita-Leitung oder in der Gemeindeverwaltung abzugeben.

¹ Mit dem Begriff „Kitas“ werden sowohl Krippen als auch Kindergärten erfasst.

Der Eingang der Anmeldung wird durch die Kita schriftlich bestätigt.

- (2) Die Gemeinde Adendorf nimmt ohne Rücksicht auf Religion, Weltanschauung, Nationalität oder Sprache im Rahmen der zur Verfügung stehenden Plätze Kinder zur Betreuung auf.
- (3) Bereits bei der Anmeldung und dem Aufnahmegespräch sind alle Besonderheiten mit der Kita-Leitung zu besprechen, die bei der Betreuung des Kindes berücksichtigt werden müssen (so z. B. Allergien, Medikation, Entwicklungsstörungen/-verzögerungen, Behinderungen usw.).
- (4) Das Kita-Jahr beginnt am 01.08. und endet am 31.07. des Folgejahres. Zwischen dem Ende des Kita-Jahres und dem Einschulungstag erfolgt die Betreuung der zukünftigen Schulkinder außerhalb der Kindertagesstätten in einer Ferienbetreuung. Die Ferienbetreuung erfolgt mindestens im Umfang des gesetzlich vorgeschriebenen Betreuungsanspruchs und unter Berücksichtigung der sozialen Platzvergabekriterien der Gemeinde Adendorf.
- (5) In den Kinderkrippen werden Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren, bzw. bis zum Wechsel in den Kindergarten aufgenommen. Der früheste Zeitpunkt der Aufnahme ist mit der Vollendung der achten Lebenswoche möglich. Ein Rechtsanspruch besteht ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Ab dem 01.08. findet die Aufnahme nach Verfügbarkeit der Plätze gestaffelt statt.

Die Aufnahme in den Kindergärten erfolgt mit der Vollendung des 3. Lebensjahres oder sofern das Kind das 3. Lebensjahr bis zum 30.09. vollendet.
- (6) In der Regel erfolgt die Aufnahme in den Kitas zum Beginn des Kita-Jahres (01.08.). Weiterhin können Aufnahmen im Rahmen der verfügbaren Plätze jederzeit erfolgen.

§ 3

Abmeldung, Ende des Besuches und Platzentzug

- (1) Eltern/Personensorgeberechtigte können ihr Kind, mit einer Frist von 4 Wochen zum Monatsende, vom Besuch der Kita abmelden. Ausgenommen davon ist die Abmeldung in der Kinderkrippe beim Wechsel in den Kindergarten in der Zeit vom 01.05 bis zum 31.07 eines Jahres, es sei denn der Platz kann umgehend neu besetzt werden. Hierüber entscheidet die Gemeindeverwaltung in Abstimmung mit der Kita-Leitung.

(5) Der Träger kann das Kind vom Besuch der Kindertagesstätte aus folgenden Gründen ausschließen:

1. Gebührenrückstand von mehr als einem Monat. Dies betrifft die Benutzungsgebühr und die sonstigen Gebühren gleichermaßen;
2. Verstoß gegen eine der in § 5 der Satzung genannten Verpflichtungen;
3. Aus persönlichen Gründen, z. B. wegen untragbaren Verhaltens des Kindes oder seiner Eltern/Personensorgeberechtigten;
4. Bei einer Platzzusage unter Vorbehalt;
5. Im Einzelfall zum Wohl des Kindes oder aus anderen zwingenden Gründen.
6. Bei zusammenhängendem, unentschuldigtem Fehlen in der Kita von über einem Monat.

(6) Vor einem Ausschluss aus der Kindertagesstätte erfolgt zunächst ein persönliches Gespräch zwischen der Kita-Leitung und den Eltern/Personensorgeberechtigten mit dem Hinweis auf das Fehlverhalten. Der Inhalt des Gespräches ist schriftlich festzuhalten und von beiden Parteien zu unterschreiben. Sollte es wiederholt zu einem Fehlverhalten in der gleichen Sache kommen, erfolgt eine Anhörung und Entscheidung durch die Gemeindeverwaltung (Träger). Bei der endgültigen Entscheidung hat die Gemeindeverwaltung die Bedeutung des Ausschlusses für das betreffende Kind und für die Einrichtung sorgsam gegeneinander abzuwägen.

(7) Die Verfolgung von Gebührenrückständen durch die Gemeindekasse erfolgt unabhängig von der Entscheidung über einen Ausschluss vom Besuch der Einrichtung.

§ 4

Betreuungszeiten, Betreuungsplätze und Benutzungsgebühren

(1) Als regelmäßige Betreuungszeit gilt in allen Kitas die Zeit von Montag bis Freitag.

(2) In jeder Kita werden in dieser Zeit folgende Betreuungsplätze angeboten und Gebühren erhoben:

1.

Kinderkrippe Adendorf, Krippen-Gruppen der Kita an der Feuerwehr und Krippen-Gruppen in der Sportkita:

A) Betreuungszeit:

- a) Vormittagsbetreuung 08:00 Uhr - 12:00 Uhr (Krippe Scharnebecker Weg)
- b) Dreiviertelbetreuung 08:00 Uhr - 14:00 Uhr
- c) Ganztagsbetreuung 08:00 Uhr - 16:00 Uhr

Die Abmeldung ist schriftlich in der Kita oder in der Gemeindeverwaltung gegen eine Empfangsbestätigung einzureichen. In Härtefällen kann die Gemeindeverwaltung Ausnahmen von der Abmeldefrist zulassen.

- (2) Verziehen Eltern/Personensorgeberechtigte innerhalb des Kita-Jahres aus dem Gemeindegebiet, endet der Besuch in der Kita automatisch zum Ende des Kita-Jahres, also dem folgenden 31.07. Eine Abmeldung ist nicht erforderlich. Die Gemeindeverwaltung kann in Abstimmung mit der Kita-Leitung und den Eltern/Personensorgeberechtigten Ausnahmen von dieser Regelung zulassen, wenn andernfalls das Wohl des Kindes gefährdet wäre.
- (3) Beim Wechsel von der Krippe zum Kindergarten ist keine Abmeldung erforderlich.
- (4) Beim Wechsel vom Kindergarten in die Schule gelten folgende Regelungen.

Die Schulpflicht beginnt in dem Jahr, in dem ein Kind das sechste Lebensjahr bis zum 30. September vollendet. Der Besuch des Kindergartens endet somit für diese Kinder automatisch.

Ausnahmen sind:

Zurückstellung:

Der Besuch des Kindergartens wird fortgesetzt, sofern eine Zurückstellung des Kindes vom Besuch der Schule erfolgt. Über eine Zurückstellung entscheiden die Eltern/Personensorgeberechtigten im Einvernehmen mit der Schulleitung auf Grundlage der Eingangsuntersuchung, sowie der Einschätzung der Kita. Die schriftliche Entscheidung über die Zurückstellung durch die Schule muss bis zum 01. Mai getroffen werden und ist durch die Eltern/Personensorgeberechtigten der Kita-Leitung vorzulegen.

Hinausschiebung (Flexi-Kinder):

Für Kinder, die das sechste Lebensjahr zwischen dem 1. Juli und dem 30. September eines Jahres vollenden, können die Eltern/Personensorgeberechtigten den Schulbesuch durch schriftliche Erklärung gegenüber der Schule um ein Jahr hinausschieben; die formlose Erklärung ist vor dem Beginn des betreffenden Schuljahres bis zum 1. Mai gegenüber der Schule abzugeben. Auch der Kindergarten ist bis zum 1. Mai durch die Eltern/Personensorgeberechtigten darüber schriftlich zu informieren. Sollten sich Eltern/Personensorgeberechtigten zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, das Kind doch in die Schule zu geben, ist eine schriftliche Abmeldung nach (Abs. 1) vorzunehmen. Die Erklärung gegenüber der Schule und die Abmeldung in der Kita sind verbindlich, so dass eine spätere Wiederaufnahme im Kindergarten nicht mehr möglich ist.

In beiden Fällen (Zurückstellung oder Hinausschiebung) entscheidet die Kita-Leitung ob das Kind in derselben Gruppe verbleibt oder ggf. innerhalb der Einrichtung die Gruppe wechselt.

Zusätzliche Betreuungszeit:

07:00 bis 08:00 Uhr (Frühdienst)

Zusätzliche Betreuungszeiten können nur angeboten werden, wenn mind. 5 Anmeldungen vorliegen.

Anmeldungen sind im laufenden Kindergartenjahr möglich und müssen mindestens einen Monat im Voraus schriftlich beantragt werden.

Die Anmeldung erfolgt verbindlich für ein halbes Kindergartenjahr (01.08. – 31.01. und 01.02. – 31.07.). In dieser Zeit kann keine Abmeldung vom Frühdienst vorgenommen werden.

Der Frühdienst muss nach Ablauf des Halbjahres neu beantragt werden.

B.) Krippengebühren:

| | |
|-------------------------|----------|
| a) Vormittagsbetreuung | 309,00 € |
| b) Dreiviertelbetreuung | 463,00 € |
| c) Ganztagsbetreuung | 584,00 € |

Bei einem anrechenbaren Jahreseinkommen unter 30.000,-- € werden keine Benutzungsgebühren erhoben.

Kinder von Eltern/Personensorgeberechtigten, die nach SGB II oder SGB XII Leistungen erhalten, besuchen die Kinderkrippe gebührenfrei.

Der Besuch der Krippe ist ab dem Monat, in dem das Kind das dritte Lebensjahr vollendet, bei einer täglichen Betreuung von bis zu acht Stunden, gebührenfrei.

Benutzungsgebühr für die zusätzliche Betreuungszeit von 07.00 bis 08.00 Uhr:

Für jede Stunde der in Anspruch genommenen zusätzlichen Betreuungszeiten, wird eine monatliche Gebühr in Höhe von 1 % des monatlichen, für die Gebührenbemessung maßgeblichen Einkommens erhoben.

Der Höchstsatz für Kinder unter drei Jahren beträgt 53,-- €. Ab dem Monat, in dem das Kind das dritte Lebensjahr vollendet, steigt der Höchstsatz auf 72,-- €.

C.) Ermäßigungsmöglichkeiten in den Krippen

Auf Antrag der Eltern/Personensorgeberechtigten erfolgt eine Ermäßigung der Benutzungsgebühren auf Grundlage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, unter Berücksichtigung der Zahl ihrer Kinder richtet, die sich wie folgt errechnet:

- a) Vormittagsbetreuung 4,5 % vom anrechenbaren monatlichen Einkommen
- b) Dreiviertelbetreuung 6,75 % anrechenbaren monatlichen Einkommen
- c) Ganztagsbetreuung 8,5 % vom anrechenbaren monatlichen Einkommen

Besuchen aus einer Familie zwei zur Gebührenpflicht veranlagte Kinder unter 3 Jahren die Kinderkrippe oder eine andere Kindertagesstätte der Gemeinde Adendorf, wird auf die vorstehenden Sätze eine Ermäßigung von 50 % für das zweite Kind gewährt.

Besuchen aus einer Familie drei oder mehrere zur Gebührenpflicht veranlagte Kinder unter 3 Jahren die Kinderkrippe oder eine andere Kindertagesstätte der Gemeinde Adendorf, wird für das dritte und jedes weitere Kind keine Kinderkrippengebühr erhoben.

Ermäßigungsanträge sind mit den entsprechenden Nachweisen spätestens nach 14 Tagen ab Beginn des Kita-Jahres beim Träger oder in der Kita einzureichen.

2.

Emmi-Senking-Kindergarten, Adolph-Holm-Kindergarten, Kiga-Gruppen der Kita an der Feuerwehr, Kiga-Gruppen in der Sportkita:

A) Betreuungszeit:

- | | |
|-------------------------|-----------------------|
| a) Vormittagsbetreuung | 08:00 Uhr - 12:00 Uhr |
| b) Nachmittagsbetreuung | 13:00 Uhr - 17:00 Uhr |
| c) Ganztagsbetreuung | 08:00 Uhr - 16:00 Uhr |

Zusätzliche Betreuungszeit:

- 07:00 bis 08:00 Uhr (Frühdienst)
- 12:00 bis 13:00 Uhr (Mittagsdienst)
- 16:00 bis 17:00 Uhr (Spätdienst)

Früh- und Spätdienste können nur angeboten werden, wenn mind. 5 Anmeldungen vorliegen.

Anmeldungen sind im laufenden Kindergartenjahr möglich und müssen mindestens einen Monat im Voraus schriftlich beantragt werden. Die Anmeldung erfolgt verbindlich für ein halbes Kindergartenjahr (01.08. – 31.01. und 01.02. – 31.07.). In dieser Zeit kann keine Abmeldung vom Frühdienst- und Spätdienst vorgenommen werden.

Die Früh- und Spätdienste müssen nach Ablauf des Halbjahres neu beantragt werden.

B) Kindergartengebühren:

Für Kinder, die den Kindergarten besuchen und noch nicht das dritte Lebensjahr vollendet haben, sind monatliche Gebühren in folgender Höhe pro Kind zu entrichten:

- | | |
|-------------------------|----------|
| a) Vormittagsbetreuung | 309,00 € |
| b) Nachmittagsbetreuung | 275,00 € |
| c) Ganztagsbetreuung | 413,00 € |

Bei einem anrechenbaren Jahreseinkommen unter 30.000,-- € werden keine Benutzungsgebühren erhoben.

Kinder von Eltern/Personensorgeberechtigten, die nach SGB II oder SGB XII Leistungen erhalten, besuchen den Kindergarten gebührenfrei.

Ab Beginn des Monats, indem das Kind das dritte Lebensjahr vollendet, ist der Besuch der Einrichtung bei einer Betreuungszeit, einschließlich der Inanspruchnahme von Früh- und Spätdiensten bis zu acht Stunden, gebührenfrei.

Benutzungsgebühr für die zusätzliche Betreuungszeit von 07.00 bis 08.00 Uhr und 16.00 bis 17.00 Uhr:

Für jede Stunde der in Anspruch genommenen zusätzlichen Betreuungszeiten, wird eine monatliche Gebühr in Höhe von 1 % des monatlichen, für die Gebührenbemessung maßgeblichen Einkommens erhoben.

Der Höchstsatz für Kinder unter drei Jahren beträgt 53,-- €. Ab dem Monat, in dem das Kind das dritte Lebensjahr vollendet, steigt der Höchstsatz auf 72,--€.

C) Ermäßigungsmöglichkeiten in den Kindergärten

Auf Antrag der Eltern/Personensorgeberechtigten erfolgt eine Ermäßigung der Benutzungsgebühren, die sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, unter Berücksichtigung der Zahl ihrer Kinder richtet, wie folgt errechnet:

- Vormittagsbetreuung 4,5 % vom anrechenbaren monatlichen Einkommen
- Nachmittagsbetreuung 4 % vom anrechenbaren monatlichen Einkommen
- Ganztagsbetreuung 6 % vom anrechenbaren monatlichen Einkommen

Besuchen aus einer Familie zwei zur Gebührenpflicht veranlagte Kinder unter 3 Jahren den Kindergarten wird auf die vorstehenden Sätze eine Ermäßigung von 50 % für das zweite Kind gewährt.

Besuchen aus einer Familie drei oder mehrere zur Gebührenpflicht veranlagte Kinder unter 3 Jahren den Kindergarten wird für das dritte und jedes weitere Kind keine Kindergartengebühr erhoben.

Ermäßigungsanträge sind mit den entsprechenden Nachweisen spätestens nach 14 Tagen ab Beginn des Kita-Jahres beim Träger oder in der Kita einzureichen.

3. Grundlage der Gebührenberechnung

A) Einkommensermittlung

Grundlage für die Festlegung der Benutzungsgebühr ist das Brutto-Familieneinkommen der letzten 12 Monate vor Beginn der Aufnahme in die Kita sowie alle positiven Einkünfte nach § 2 Abs. 1 Einkommenssteuergesetz oder der Steuerbescheid vom Vorjahr.

Einkommensveränderungen sind umgehend mitzuteilen, wenn diese um voraussichtlich 20 % höher oder niedriger abweichen und dadurch eine andere Gebührenfestsetzung vorzunehmen ist. Dieses ist durch die Vorlage entsprechender Nachweise zu dokumentieren.

Die Höhe des Einkommens ist durch entsprechende Nachweise gegenüber dem Träger zu dokumentieren.

Neuberechnungen im laufenden Kita-Jahr

Bei Veränderungen im laufenden Kita-Jahr erfolgt eine Neuberechnung der Benutzungsgebühren, sofern die Einkommensveränderung mehr als 20% (sowohl positiv, als auch negativ) beträgt, oder sich Veränderungen bei der Anzahl der Kinder ergeben haben. Diese Veränderungen sind dem Träger unverzüglich mitzuteilen.

Die Neuberechneten Benutzungsgebühren sind vom 1. des Monats zu erheben, in dem die Veränderung/en eingetreten ist/sind.

Gibt der Gebührenpflichtige keine Einkommenserklärung ab oder werden die notwendigen Einkommensnachweise nicht vorgelegt, so ist der Höchstbeitrag zu zahlen.

Die Gebühr ermittelt sich wie folgt:

- Summe der positiven Einkünfte der Eltern/Personensorgeberechtigten, aber auch der, mit dem Kind sonst in einer Haushaltsgemeinschaft lebenden Personen (§2 Abs. 1

Einkommenssteuergesetz). Hinsichtlich des Begriffes der sonst mit dem Kind in einer Haushaltsgemeinschaft lebenden Personen sind die Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes in Bezug auf die eheähnliche Gemeinschaft als „Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft“ analog anzuwenden.

- Verluste aus anderen Einkunftsarten, sowie Verluste des anderen Sorgeberechtigten bzw. Personen, die mit dem Kind in einer Haushaltsgemeinschaft leben, sind nicht abzuziehen.
- Zum gebührenpflichtigen Einkommen gehören auch steuerfreie Einkünfte, Sonderzahlungen (z.B. Urlaubs- oder Weihnachtsgeld), Unterhaltsleistungen sowie zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmte öffentliche Leistungen für die Eltern/Personensorgeberechtigten, die mit dem Kind in einer Haushaltsgemeinschaft lebenden Personen und das Kind. Ausnahmen hiervon sind Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz, sowie Pflegegeld-Leistungen. Das Elterngeld gilt bis auf 300€/Monat ebenfalls als gebührenpflichtiges Einkommen.

Berechnungsgrundlagen sind jeweils die durch Steuerbescheid nachgewiesenen Einkünfte bzw. Gehaltsabrechnungen der letzten 12 Monate vor Beginn der Aufnahme in die Kita. Bei mehreren Personensorgeberechtigten gilt das gemeinsame Einkommen.

- Die festgesetzte Benutzungsgebühr gilt grundsätzlich für das Kita-Jahr (01.08. – 31.07. des nächsten Jahres).
- Von dem gebührenpflichtigen Einkommen wird die Werbungskostenpauschale sowie ein Betrag in Höhe von jährlich 3.500,00 € pro Haushalt gehörendem Kind, solange es kindergeldberechtigt ist, abgezogen. Sollten die tatsächlichen Werbungskosten die Pauschale überschreiten, werden diese angerechnet.

B) Fälligkeit und Gebührenschuldner

Für die Inanspruchnahme der Kitas sind, beginnend mit der Aufnahme des Kindes in den Kitas, monatliche Benutzungsgebühren zu entrichten. Die monatliche Gebührenschild entsteht am 1. eines jeden Monats. Wenn das Kind bis zum 15. des jeweiligen Monats eintritt, ist die Monatsgebühr in voller Höhe, bei Eintritt nach dem 15. des jeweiligen Monats sind 50 % der Monatsgebühr zu zahlen.

Die Benutzungsgebühr ist auch dann in voller Höhe zu entrichten, wenn das Kind der Kita fernbleibt und der Platz freigehalten wird.

Die Benutzungsgebühr ist spätestens zum 5. eines jeden Monats im Voraus zu entrichten.

Gebührensschuldner ist neben den Eltern/Personensorgeberechtigten, wer die Aufnahme eines Kindes in die Kita veranlasst hat. Mehrere Schuldner haften gesamtschuldnerisch.

- (3) In allen Kitas wird ein Mittagessen angeboten. Die Teilnahme am Mittagessen ist für Ganztagskinder verpflichtend.

Die Kosten dafür werden monatlich im Nachhinein für jedes Kind entsprechend der Bestellung ermittelt und sind von den Eltern/Personensorgeberechtigten zu erstatten.

- (4) Eine Veränderung der Regelbetreuungszeit im laufenden Kita-Jahr ist möglich, sofern die vorhandene Platzsituation dies zulässt. Die An- und Abmeldungen müssen schriftlich erfolgen.

- (5) Alle Kitas bleiben am Samstag, den gesetzlichen Sonn- und Feiertagen, Heiligabend bis Silvester und an bis zu 3 Studientagen im Kita-Jahr geschlossen. Eine Schließung kann außerdem an Brückentagen erfolgen. Hierzu wird eine Betreuungsabfrage durch die Kitas durchgeführt. Sollte der Bedarf einer Notbetreuung unter 10 Anmeldungen liegen, wird die Einrichtung geschlossen. Während der Notbetreuung werden keine zusätzlichen Betreuungszeiten angeboten.

Sollten weitere Schließzeiten, wie z. B. aufgrund von Renovierungsarbeiten notwendig sein, wird dies der Elternschaft rechtzeitig bekanntgegeben. Über die Einrichtung einer Notbetreuung wird im Einzelfall durch die Verwaltung in Abstimmung mit der Kita-Leitung entschieden.

Weitere Einschränkungen der Betreuungszeiten aufgrund besonderer Umstände wie z.B. Personalengpässe sind möglich. Dies wird der Elternschaft zeitnah bekannt gegeben.

§ 5

Pflichten der Eltern/Personensorgeberechtigten

- (1) Impfnachweise

- a) Gemäß § 20 Absatz 9 IfSG muss für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr beim Eintritt in die Kita, die von der ständigen Impfkommission empfohlene Masernimpfung nachgewiesen werden.
- b) Gemäß § 34 Abs. 10 a IfSG müssen die Eltern-/Personensorgeberechtigten nachweisen, dass sie eine Impfberatung über die Bedeutung eines vollständigen, altersgemäßen, ausreichenden Impfschutzes, durch den Kinderarzt oder das Gesundheitsamt erhalten haben.

Werden die erforderlichen Nachweise zu a) und b) nicht erbracht, erfolgt eine Meldung an das zuständige Gesundheitsamt.

- (2) Bei Verdacht oder Auftreten ansteckender Krankheiten im Sinne des Infektionsschutzgesetzes (IfsG) beim Kind oder Personen in der Wohngemeinschaft des Kindes sind die Eltern/Personensorgeberechtigten verpflichtet, unverzüglich die Kita-Leitung zu informieren. Nähere Auskünfte über die jeweils geltenden Regelungen des IfsG erteilt die Kita-Leitung bei der Aufnahme des Kindes. Der Besuch in der Kita darf in einigen Fällen (s. IfsG) erst nach Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung wieder erfolgen. Die Eltern-/Personensorgeberechtigten werden auch im laufenden Kita-Jahr durch die Kita-Leitung über Änderungen der Vorgaben des IfsG in schriftlicher Form informiert, so dass diese beachtet werden können.
- (3) Bei Befall von Läusen erfolgt die Wiederzulassung des Besuches nach den von der Einrichtungsleitung vorgegebenen Regeln.
- (4) Kinder, die an Fieber (ab 38 Grad) oder Magen- und/oder Darminfekten leiden, müssen bei Fieber 24 Stunden, bei Magen- und/oder Darminfekten 48 Stunden frei von Symptomen sein, bevor sie wieder in der Kita betreut werden können.
- (5) Ist das Allgemeinbefinden des Kindes schlecht oder klagt es über andere Beschwerden so dass es nach Einschätzung des Kitapersonals nicht am Kitaalltag teilnehmen kann, ist es aus der Betreuung abzuholen.
- (6) Die Eltern/Personensorgeberechtigten erklären bei der Aufnahme des Kindes in der Kindertagesstätte in schriftlicher Form, welche Personen außer ihnen zur Abholung des Kindes berechtigt sind.
- (7) Die Betreuungszeiten sind einzuhalten. Die Eltern/Personensorgeberechtigten oder abholberechtigten Personen übergeben die Kinder zu Beginn der Betreuungszeit dem pädagogischen Personal und holen sie bis zum Ende der Betreuungszeit beim pädagogischen Personal wieder ab.
- (8) Die Aufsichtspflicht des Personals beginnt mit der Übernahme der Kinder und endet mit der Übergabe der Kinder an die Eltern/Personensorgeberechtigten oder abholberechtigten Personen.
- (9) Ein Fernbleiben vom Besuch des Kindes in der Kita ist zu entschuldigen. Ein längeres Fernbleiben des Kindes vom Besuch der Kita ist der Kita-Leitung mitzuteilen.
- (10) Die Eltern/Personensorgeberechtigten sind verpflichtet, sich an die Vorgaben der jeweiligen Kindertagestätten-Konzeption und den sonstigen üblichen Verfahrensregelungen in den Kitas zu halten.
- (11) Mobile Geräte zur Standortermittlung oder zur Bild- und Tonaufnahme sind während der Betreuungszeit grundsätzlich untersagt. Das pädagogische Personal ist befugt, ein solches Gerät in Verwahrung zu nehmen, sollte ein Kind es mit in die Einrichtung bringen.
- (12) Aus pädagogischer Sicht ist es erforderlich, dass die Eltern/Personensorgeberechtigten, ihrem Kind einen „Erholungsurlaub“ vom

Besuch der Kita von mind. zwei Kalenderwochen am Stück im Kita-Jahr, außerhalb der Schließzeit zwischen Weihnachten und Neujahr, ermöglichen.

- (13) Ein Unfall auf dem Weg zwischen Wohnung und Kita und in der Kita ist der Kita-Leitung unverzüglich anzuzeigen.

§ 6

Elternvertretung/Beirat

- (1) Einrichtung und Arbeit der Elternvertretung und des Beirates richten sich nach § 16 NKiTaG in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Die Eltern/Personensorgeberechtigten der Kinder in einer Gruppe wählen aus ihrer Mitte eine Gruppensprecherin oder einen Gruppensprecher sowie deren Vertretung. Das Wahlverfahren regelt der Beirat.

Die Gruppensprecherinnen und Gruppensprecher aller Gruppen bilden einen Elternrat. Die erste Wahl in einer Kita veranstaltet der Träger, vertreten durch die Kita-Leitung.

- (3) Die Elternräte können einen gemeinsamen Elternrat bilden (Gemeindeelternrat für Kindertagesstätten). Die Gemeinde gibt den Elternräten vor wichtigen Entscheidungen rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme.
- (4) Die Gruppensprecherinnen und Gruppensprecher sowie die Vertreter der Fach- und Betreuungskräfte und des Trägers, deren Zahl der Träger bestimmt, bilden den Beirat der Kindertagesstätte. Der Träger kann vorsehen, dass die Aufgaben eines Beirates von einem anderen Gremium wahrgenommen werden, wenn in diesem eine den vorstehenden Bestimmungen entsprechende Vertretung mitentscheidet.
- (5) Wichtige Entscheidungen des Trägers und der Kita-Leitung erfolgen im Benehmen mit dem Beirat. Das gilt insbesondere für
1. die Erarbeitung und Fortschreibung des pädagogischen Konzepts,
 2. die Einrichtung neuer und die Schließung bestehender Gruppen oder Betreuungsangebote,
 3. die Festlegung der Gruppengrößen und Grundsätze für die Aufnahme von Kindern,
 4. die Öffnungs- und Betreuungszeiten.

Der Beirat kann Vorschläge zu den in Satz 2 genannten Angelegenheiten sowie zur Verwendung der Haushaltsmittel und zur Regelung der Benutzungsgebühren in der Kindertagesstätte machen.

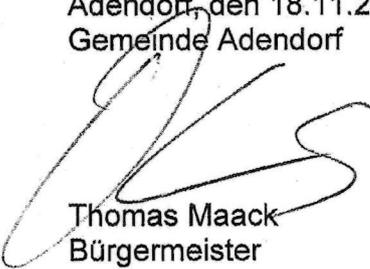
§ 7
Haftungsausschluss, Versicherungsschutz

- (1) Werden die Kitas aus medizinischen Gründen, auf Anordnung des Gesundheitsamtes oder aus anderen zwingenden Gründen geschlossen, haben die Eltern/Personensorgeberechtigten keinen Anspruch auf Betreuung ihres Kindes oder auf Schadenersatz. Gleiches gilt für die sonstigen Schließzeiten.
- (2) Für den Weg zu den Kitas, für die Dauer des Aufenthaltes in den Kitas und für den Rückweg sind die Kinder wie auch die Eltern/Personensorgeberechtigten gegen Unfall in dem Umfang versichert, den der Gemeindeunfallversicherungsverband vorsieht. Anzeigepflicht siehe § 5 Abs. 11 dieser Satzung.
Für den Verlust oder die Beschädigung von mitgebrachten Sachen wird keine Haftung übernommen.

§ 8
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2026 in Kraft und wird als Neufassung veröffentlicht. Die bisherige Satzung über die Benutzung und Gebührenerhebung für Kindertagesstätten in Trägerschaft der Gemeinde Adendorf vom 01.08.2022 tritt damit außer Kraft.

Adendorf, den 18.11.2025
Gemeinde Adendorf


Thomas Maack
Bürgermeister

Anlage zur Kindertagesstättensatzung Adendorf

Platzvergabe in den Kindertagesstätten (Platzvergabekriterien)

- a) Die Vergabe der Plätze erfolgt nach Kapazität, Anmeldedatum (einschließlich der Zuzugsregelung*) innerhalb der Rangfolge der folgenden sozialen Kriterien:

Kriterien-Punkt 1:

Ein Elternteil ist Alleinerziehend, lebt nicht in einer Lebensgemeinschaft und ist vormittags- bzw. ganztags berufstätig oder in einer Ausbildung.

Kriterien-Punkt 2:

Beide Elternteile sind vormittags bzw. ganztags berufstätig oder befinden sich in einer Ausbildung und mind. ein Geschwisterkind besucht die Kinderkrippe, eine Tagespflegestelle, eine Vormittags- bzw. Ganztagsgruppe im Kindergarten oder eine Grundschulklasse.

Kriterien-Punkt 3:

Beide Elternteile sind vormittags bzw. ganztags berufstätig oder befinden sich in einer Ausbildung.

Kriterien-Punkt 4:

Kinder die aus sozialpädagogischen oder medizinischen Gründen der Betreuung in der Tageseinrichtung bedürfen.

Kriterien-Punkt 5:

Mindestens ein Geschwisterkind besucht die Kinderkrippe, eine Tagespflegestelle eine Vormittags- bzw. Ganztagsgruppe im Kindergarten oder eine Grundschulklasse.

Anmerkungen:

Zu den Punkten 1 bis 3 sind als Nachweis **Arbeitszeit- / Ausbildungsbescheinigungen** vorzulegen. Bei den Bescheinigungen ist eine genaue Angabe des jeweiligen Arbeitgebers erforderlich, aus der die exakten Arbeitszeiten und Arbeitstage hervorgehen. Zusätzlich muss der Arbeitgeber bei Teilzeitbeschäftigten bescheinigen, dass die Tätigkeit nur am Vormittag ausgeübt werden kann.

Der Arbeitgeber bescheinigt die Richtigkeit der Angaben.

Bei bestehenden Arbeitsverhältnissen ist auch die aktuelle Verdienstbescheinigung vorzulegen.

Bei Wiederaufnahme einer Tätigkeit, die 1. Verdienstbescheinigung nach Antritt.

Dies gilt auch, wenn Sie als Ehepartner/in im Betrieb Ihres Ehepartners/ Ihrer Ehepartnerin beschäftigt sind.

(Zahlen dürfen geschwärzt werden)

Selbständige müssen einen aktuellen Steuerbescheid über die gewerblichen oder selbständigen Einkünfte vorweisen. Liegt dieser zurzeit noch nicht vor, kann der letzte Bescheid eingereicht werden und der aktuelle Bescheid ist nachzureichen.

(Die Zahlen dürfen geschwärzt werden)

Ein Arbeits- / Ausbildungsverhältnis wird nur dann berücksichtigt, wenn die Arbeit bzw. die Ausbildung, nachweislich durch diese Bescheinigung, bis zum 31.10. des Vergabjahres aufgenommen wird.

Vergabe Unterjährig freiwerdende Plätze:

Vorrangig werden diese Plätze an Kinder vergeben, die zum 01.08. des jeweiligen Vergabjahres keinen Platz nach ihrem individuellen Bedarf in einer Betreuungseinrichtung der Gemeinde Adendorf erhalten haben und deren Eltern im laufenden Kita-Jahr nach dem 31.10. nachweislich noch die vorgenannten sozialen Kriterien erfüllen werden (z. B. Rückkehrer aus der Elternzeit).

Bei Vorliegen mehrerer danach Anspruchsberechtigten wird der Platz im **Einzelfall** nach weiteren sozialen Aspekten (z. B. Geschwisterkinder in derselben oder einer anderen Einrichtung der Gemeinde, Förderbedarf des Kindes) und dem Anmeldedatum vergeben.

Sollten darüber hinaus Plätze zur Verfügung stehen sind diese für „Notfälle“ (z. B. Kinder die durch das Jugendamt zugewiesen werden oder neu zugezogene Eltern die bisher gar keine Betreuungsmöglichkeit für ihr Kind gefunden haben und die sozialen Kriterien erfüllen) zur Verfügung zu halten.

Allgemeines:

Die Zuteilung eines Platzes erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die Angaben den Tatsachen entsprechen. Sollte nachträglich festgestellt werden, dass die dargelegten Angaben nicht den Tatsachen entsprechen, wird der zugeteilte Platz widerrufen.

***Zuzugsregelung:** Zugezogene Kinder werden so berücksichtigt, als ob sie mit dem vollendeten 1. Lebensjahr in einem der gemeindlichen Kindergärten in Adendorf bereits angemeldet worden wären. Wird für zugezogene Kinder ein schriftlicher Nachweis darüber vorgelegt, dass am bisherigen Wohnort eine Eintragung in eine Warteliste zu einem noch früheren Zeitpunkt erfolgt ist, gilt dieser Zeitpunkt als Nachweis.